

## **Kleine Anfrage 1877**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **Vielzahl von Änderungen des Planfeststellungsbeschlusses zum BER**

Bekanntlich gibt es für den BER einen Planfeststellungsbeschluss (13.08.2004, AZ.: 44/1-6441/1/101) und einen Planergänzungsbeschluss – Lärmschutzkonzept BBI (20.10.2009, AZ.: 44-6441/1/114), die das Baurecht für den BER definieren. Dazu gab es schon eine Vielzahl von Kleinen Anfragen und Äußerungen, die schon vor Jahren thematisiert haben, dass das Baurecht irgendwann auslaufen wird. Dies wurde jedoch früher bestritten und behauptet, dass man den BER ohnehin innerhalb der baurechtlichen Fristen von sechs Jahren fertig stellen würde. Dann sind diese Fristen noch einmal um ein Jahr verlängert worden. Nun wurde die Bauordnung mit dem §73 Absatz 2 als „Lex BER“ neu verabschiedet, um das Problem der auslaufenden Baugenehmigungen „zu lösen“. Dabei ist die ehemals befristete Baugenehmigung in eine unbefristete übergegangen. Zugleich finden sich im Amtsblatt immer wieder Mitteilungen zu Planänderungen und/oder -ergänzungen zum Planfeststellungsbeschluss, die von der FBB GmbH beantragt wurden, ohne das öffentlich bekannt ist, was denn alles beantragt und sodann geändert wurde. Von der Landesregierung wird im Rahmen von Schallschutz immer wieder behauptet, der Planfeststellungsbeschluss könne nicht geändert werden. Andererseits stellt die FBB fortlaufend Änderungs- und/oder -ergänzungsanträge, die von der Landesregierung auch genehmigt werden. Die Öffentlichkeit erfährt jedoch nicht welche Änderungen dort beantragt und welche aus welchen Gründen genehmigt worden sind. Im Amtsblatt erscheinen diese noch nicht einmal lückenlos. Bedenklich bei dieser Tatsache ist, dass jede einzelne kleine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses wahrscheinlich nicht verfahrensrelevant im Hinblick auf die Erforderniss einer öffentlichen Auslegung, von Bürgerbeteiligung und einer Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange sein mag. Aber in der Summe von geschätzt über 30 Änderungs- und/oder -ergänzungsanträgen schleicht sich der Verdacht ein, dass hier im Rahmen einer Salamietaktik „peu-a-peu“ der Planfeststellungsbeschluss wesentlich geändert wird. Alle Änderungsanträge zusammen genommen könnten aber eine derart gravierende Änderung bedeuten, dass eine öffentlichen Auslegung, ein Bürgerbeteiligung und eine Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange doch rechtlich geboten und somit durchzuführen wäre. Da es sich dabei um Insiderwissen der Landesregierung und der FBB GmbH zu handeln scheint, ist es geboten hier Transparenz und Öffentlichkeit herzustellen.

Aus diesem Grund frage ich die Landesregierung:

1. Wieviel Änderungsanträge zum Planfeststellungs- und Planergänzungsbeschluss seitens der FBB hat es seit 2004 gegeben (bitte tabellarisch mit: Welcher Antrag zu welchem Datum und mit welchem Betreff) ?
2. Wieviele Genehmigungen der Änderungsanträge zum Planfeststellungs- und Planergänzungsbeschluss seitens der FBB hat es gegeben (bitte als Tabelle bzw. Auflistung)?
3. Wieviele sind nicht genehmigt worden? Und weshalb ist ggf. die Genehmigung versagt worden (bitte als Tabelle bzw. Auflistung)?
4. Welches Ministerium oder welche Behörde ist die jeweils aktenführende Behörde?
5. Besteht für die Anträge ein Geheimhaltungsgrundsatz? Wenn ja mit welcher Begründung, da doch alle Akten im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens öffentlich waren?
6. Können Bürger oder betroffene Kommunen Akteneinsicht beantragen? Wenn ja, an wen sind solche Akteneinsichtsbegehren zu richten? Wenn nein, weshalb nicht?
7. Welche Probleme gibt es im Rahmen des 5. Nachtrags zur Baugenehmigung konkret, die eine abschließende Genehmigung des fünften Nachtrags zur Baugenehmigung bisher verhindert haben?
8. Wann ist mit der Genehmigung des 5. Nachtrags zur Baugenehmigung zu rechnen?